



Antrag

Initiator*innen: KV Wolfenbüttel/Salzgitter (dort beschlossen am: 28.04.2026)

Titel: **Kommunale Pflichtaufgaben neu denken –
Mobilitätsgarantie und soziale Infrastruktur
stärken**

Antragstext

1 Die Landesmitgliederversammlung der Grünen Jugend Niedersachsen möge
2 beschließen:

3 Die Grüne Jugend Niedersachsen setzt sich gegenüber der Landtagsfraktion von
4 Bündnis 90/Die Grünen sowie der Landesregierung und der Landesgruppe im
5 Bundestag dafür ein, die kommunalen Pflichtaufgaben im Niedersächsisches
6 Kommunalverfassungsgesetz (NKomVG) und in einschlägigen Fachgesetzen grundlegend
7 zu reformieren.

8 1. Mobilitätsgarantie statt einseitiger Straßenbaupflicht

9 Wir fordern, die bisherige faktische Bevorzugung des Straßenbaus als zentrale
10 Infrastrukturaufgabe aufzubrechen und durch eine gesetzlich verankerte kommunale
11 Mobilitätsgarantie zu ersetzen.

12 Diese soll Kommunen verpflichten, eine bedarfsgerechte, klimafreundliche und
13 sozial gerechte Mobilität sicherzustellen. Dazu gehören gleichrangig:

14 -öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV)

15 -Schienenverkehr

16 -Radverkehr

17 -Fußverkehr

18 Ziel ist ein Vorrang dieser Verkehrsformen gegenüber dem bisherigem Schwerpunkt
19 auf dem motorisierten Individualverkehr.

20 2. Soziale Infrastruktur als Pflichtaufgabe verankern

21 Wir fordern, zentrale Bereiche der sozialen Infrastruktur als kommunale
22 Pflichtaufgaben zu definieren, insbesondere:

23 -niedrigschwellige Freizeit- und Begegnungsangebote

24 -Sportförderung

25 -kulturelle Infrastruktur

26 -Kinder- und Jugendarbeit über Mindeststandards hinaus

27 3. Schutz vor Kürzungen im Haushaltssicherungskonzept

28 Kommunen im Haushaltssicherungskonzept dürfen nicht gezwungen sein, zentrale
29 gesellschaftliche Infrastruktur zuerst abzubauen.

30 Daher fordern wir:

31 -verbindliche Mindeststandards für soziale Infrastruktur

32 -eine bessere finanzielle Ausstattung der Kommunen durch das Land

33 -eine Reform der kommunalen Finanzierung zugunsten strukturschwacher Regionen

Begründung

Viele Kommunen in Niedersachsen sind strukturell unterfinanziert und befinden sich in Haushaltssicherungskonzepten. In dieser Situation werden regelmäßig freiwillige Leistungen gestrichen, insbesondere in den Bereichen Sport, Jugend und Kultur.

Diese Kürzungen haben weitreichende Folgen:

- Schwächung des gesellschaftlichen Zusammenhalts
- Einschränkung von Teilhabe
- langfristige Schäden für Demokratie und Ehrenamt

Gleichzeitig wird weiterhin stark in Straßeninfrastruktur investiert, während nachhaltige Mobilitätsformen unterfinanziert bleiben.

Eine moderne kommunale Aufgabenstruktur muss daher:

- soziale Infrastruktur als gleichwertig anerkennen
- klimafreundliche Mobilität priorisieren
- Kommunen finanziell handlungsfähig machen

Nur so kann öffentliche Daseinsvorsorge im 21. Jahrhundert gerecht, nachhaltig und demokratiestärkend gestaltet werden.